

Islamfeindlichkeit in Deutschland und Europa

Beate Küpper, Andreas Zick, Andreas Hövermann; zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung alle Universität Bielefeld

Der vorliegende Beitrag lag dem Vortrag von Prof. Dr. Beate Küpper, gehalten am 12.3.2013 in Kiel, zugrunde. Er analysiert in vier Schritten Islamfeindlichkeit in Deutschland und in Europa. Zunächst wird in einem ersten Schritt knapp das Phänomen der Islamfeindlichkeit definiert und als Vorurteil gekennzeichnet. In einem zweiten Schritt wird auf die Verbreitung der Islamfeindlichkeit in Deutschland und in Europa eingegangen, bevor Ursachen und Schutzfaktoren herausgearbeitet werden. Abschließend werden im letzten Schritt Folgen der Islamfeindlichkeit beleuchtet. Die für diese Analysen verwendeten Daten basieren aus der Bielefelder Studie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die von 2002 bis 2011 (vgl. Heitmeyer 2002-2011) durchgeführt wurde, sowie einer Vergleichsstudie in acht europäischen Ländern aus dem Jahr 2008 (Zick et al. 2011).

I. Islamfeindlichkeit als Vorurteil

Zunächst ist also zu klären, was wir unter Islamfeindlichkeit verstehen. In der gesellschaftlichen Debatte über die Abwertung von Muslimen kursieren mittlerweile verschiedene Begriffe, wie Islamophobie, Anti-Muslimismus, Islamfeindlichkeit, anti-islamische Stereotype etc. Die Begriffe der Islamfeindlichkeit und Islamophobie werden am häufigsten verwendet. Islamfeindlichkeit meint nach Peucker (2009) oder Bielefeldt (2009) eine negativ-stereotype Haltung gegenüber dem Islam und seinen Angehörigen, während Islamophobie nach Heitmeyer (2007) als Ablehnung und Angst vor Muslimen, ihrer Kultur und ihren politischen und religiösen Aktivitäten verstanden wird.

Die Islamfeindlichkeit im Sinne eines Vorurteils entspricht einer abgrenzenden und intoleranten Haltung von Gruppen und ihren Mitgliedern gegenüber dem Islam oder Muslimen, gerade weil sie dem Islam als zugehörig zugeschrieben werden. Ob diese zugeschriebene Zugehörigkeit tatsächlich zutrifft oder nicht, ist dabei irrelevant. Das Vorurteil hat dabei drei Facetten und richtet sich in Emotionen (Ärger, Ekel etc.), Gedanken (Überfremdung, Unterdrückung etc.) oder Verhaltensweisen (aus dem Weg gehen, nicht helfen etc.) gegen Muslime im Sinne eines Anti-Muslime-Vorurteils oder gegen den Islam im Sinne eines Anti-Islam-Vorurteils. Diese Vorurteile basieren auf Kategorisierungs- und Stereotypisierungsprozessen, sodass Menschen zu Gruppen (Muslime, Islam) zugeordnet werden und diese Gruppen mit positiven oder negativen Stereotypen verknüpft werden. Stereotype vom

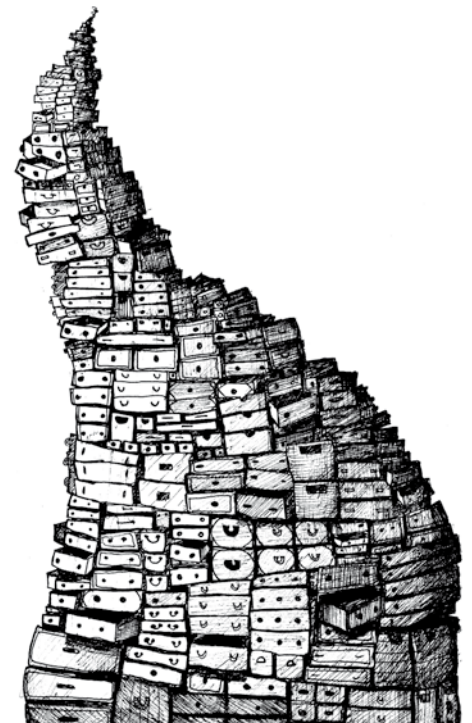
Dabei ist es für das Vorurteil irrelevant, ob diese unterstellten Phänomene existieren; das Vorurteil sucht auch weder nach Ursachen noch macht es sich die Mühe und bewertet individuell.

aggressiven, rückständigen, brutalen und frauenfeindlichen Islam sind nicht neu. Zwangsheirat, Terrorismus und Intoleranz gegenüber dem aufgeklärten und friedlichen Westen sind moderne Stereotype, die auf alte Klischees zurückgreifen, etwa wenn ein Konflikt über das Kopftuchverbot oder den Moscheebau entbrennt (vgl. z. B. Gresch/Rostock 2009). Eng damit verknüpft ist aber auch eine vorurteilshafte politische Unterstellung, dass der Islam nicht mit Demokratie, Menschenrechten und Gleichberechtigung übereinstimmt (vgl. Schneiders 2009). Nicht weniger selten, dafür auf einer subtilen Ebene wird (insbesondere männlichen) Muslimen und dem Islam auch ein Fanatismus unterstellt, der die Bedrohung unterstreicht. In einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (2006) zeigt sich z. B., dass 83 Prozent der Bevölkerung in Deutschland den Islam als fanatisch und 60 Prozent als undemokratisch empfinden.

Die Islamfeindlichkeit unterstellt Islamismus, Terrorismus, Nicht-Integration, Sexismus usw. Dabei ist es für das Vorurteil irrelevant, ob diese unterstellten Phänomene existieren; das Vorurteil sucht auch weder nach Ursachen noch macht es sich die Mühe und bewertet individuell. Im Gegenteil, es unterstellt Stereotype der ganzen Kategorie, also dem Islam und den Muslimen. Diese Feindlichkeit strebt nach Ungleichwertigkeit und genau darin lässt sie sich leicht mit vielen anderen Vorurteilen verbinden (vgl. Zick et al. 2008).

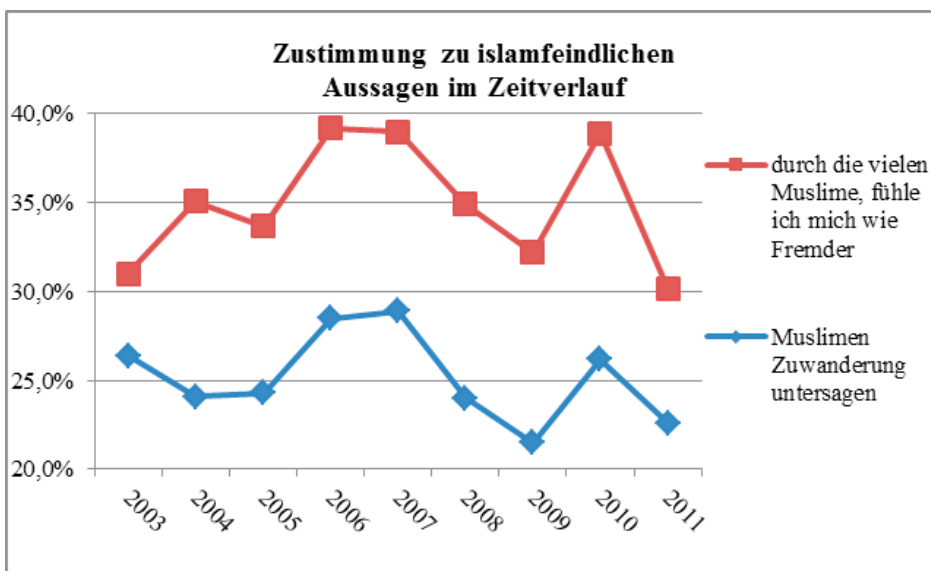
II. Meinungen über Muslime und den Islam in Deutschland

Wie verbreitet sind nun aber die islamfeindlichen Vorurteile? Um sich dieser Frage zu nähern werden wir zunächst das islamfeindliche Potenzial in Deutschland darstellen, bevor wir daran anschließend den Blickwinkel öffnen



und die Zustimmung in sieben weiteren europäischen Ländern darstellen. Das Potenzial lässt sich für Deutschland empirisch zuverlässig und kontinuierlich in der Langzeitstudie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (kurz: GMF) verfolgen. Das ist eine jährliche repräsentative Bevölkerungsumfrage unter deutschen Bürgern, die älter als 16 Jahre sind. Die Islamfeindlichkeit wird dabei durch Skalen erfasst, die wiederum aus der Zustimmung oder Ablehnung von mehreren vorurteilslastigen Aussagen gebildet sind; schließlich lässt sich die Vielschichtigkeit des Vorurteils nicht an einer einzelnen Aussage festmachen. Es zeigte sich, dass die beiden Aussagen „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“, und „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich wie ein Fremder im eigenen Land“ mit der affektiven Ablehnung von Muslimen und anderen negativen Aussagen einhergehen. Die prozentuale Zustimmung der deutschen Bevölkerung zu den beiden Aussagen im Jahresverlauf von 2002 bis 2011 ist in Abbildung 1 abgedruckt.

Abbildung 1: Zustimmung zu islamfeindlichen Aussagen im Zeitverlauf



Betrachtet man zunächst den Zeitverlauf, so fällt auf, dass die Islamfeindlichkeit als relativ stabil zu bezeichnen ist. Zwischen 2005 und 2007 war ein leichter Anstieg zu beobachten, bevor die Zustimmung nach

2007 wieder zurückging. Insbesondere bei den beiden aktuellsten Messungen der Islamfeindlichkeit kam es jedoch zu größeren Schwankungen – 2010 zunächst der starke Anstieg, 2011 dann ein ebenso starkes Absinken. Dies könnte der großen medialen Präsenz der Debatte und der damit einhergehenden Polarisierung zu schulden sein. Die zeitliche Entwicklung bis 2009 ähnelt dabei der Verbreitung von anderen Vorurteilen wie der Fremdenfeindlichkeit oder des Antisemitismus, die Entwicklung ab 2010 lässt sich jedoch bei Vorurteilen gegenüber anderen Gruppen so nicht beobachten (vgl. Heitmeyer 2011).

Die einzelnen negativen Äußerungen gegenüber Muslimen finden in der Bevölkerung hohen Zuspruch, auch solche, die den weiteren Ausschluss befördern. So meinen in 2011 23 Prozent, man solle die Zuwanderung von Muslimen untersagen und knapp ein Drittel der Bevölkerung, es fühle sich „durch die vielen Muslime wie ein Fremder im eigenen Land“.

Die Zustimmung zu weiteren Aussagen, die nicht in allen Erhebungsjahren erhoben wurden und daher nicht in Abbildung 1 abgedruckt wurden, weisen ebenfalls hohe Werte auf: Einigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung herrscht beispielsweise darüber, dass sich islamische und westeuropäische Wertvorstellungen nicht miteinander vereinbaren lassen (55 Prozent). Sogar noch etwas mehr Befragte (58 Prozent) lehnen die Aussage ab, dass „die muslimische Kultur durchaus auch in unsere westliche Welt passt“. Ein beträchtlicher Teil der Befragten (36 Prozent) gibt darüber hinaus an, dass sie bei Personen muslimischen Glaubens misstrauischer sind. Rund 61 Prozent der

Neben der berichteten direkten Islamfeindlichkeit, lässt sich aber auch eine subtilere Islamfeindlichkeit feststellen, die insofern subtiler ist, als sie positive Eigenschaften, Gefühle und Stereotype den Muslimen vorenthält.

Befragten sehen in den „vielen Moscheen in Deutschland“, dass der Islam „auch hier seine Macht vergrößern will“ und somit eine potenzielle Bedrohung.

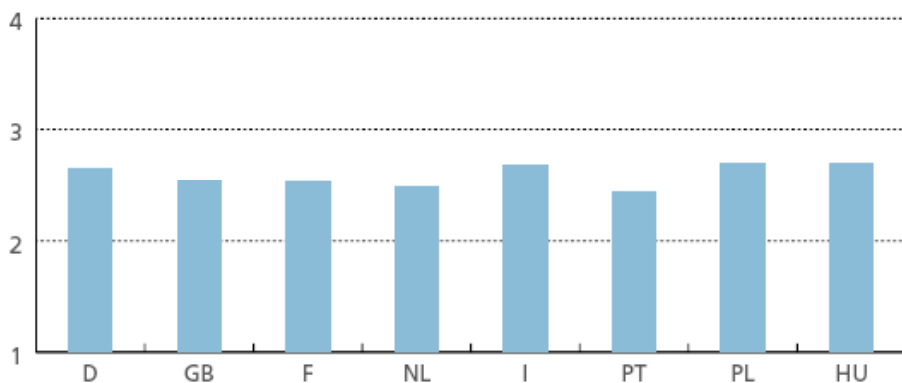
Außerdem wurden den Befragten angelehnt an die Aussagen des Bundespräsidenten Christian Wulff zur zwanzigjährigen Feier der Deutschen Einheit am 3.10.2010 zwei weitere Aussagen zur Bewertung vorgelegt: Zum einen die Aussage, „der Islam gehört zu Deutschland“, die von drei Vierteln der Befragten abgelehnt wird. Darüber hinaus stellten wir die Frage, ob denn die Muslime zu Deutschland gehören. Hier ist die Ablehnung nicht ganz so stark, aber dennoch weit verbreitet mit 55 Prozent.

Vergleichbar feindselige Potenziale zeigen auch andere Studien. Decker et al. (2010) berichten, dass 58,4 Prozent der Befragten ihrer Umfrage meinen, dass die Religionsausübung für Muslime in Deutschland erheblich eingeschränkt werden sollte. In den neuen Bundesländern, in denen wenige Muslime leben, findet das sogar bei 75,5 Prozent

der Befragten Zustimmung. Auch in der GMF-Umfrage aus dem Jahr 2003 meinten nicht nur 41,5 Prozent, dass der Islam rückständig sei, sondern 17,1 Prozent votierten auch dafür, dass Muslime, die in Deutschland für ihre Religion werben, ausgewiesen werden sollten. Und im Jahr 2005 befürworteten 14,8 Prozent, dass Muslimen in Deutschland die Religionsausübung untersagt werden sollte.

Neben der berichteten direkten Islamfeindlichkeit, lässt sich aber auch eine subtilere Islamfeindlichkeit feststellen, die insofern subtiler ist, als sie positive Eigenschaften, Gefühle und Stereotype den Muslimen vorenthält. Hier ist es also nicht die Abwertung, die die Feindseligkeit ausdrückt, sondern der Entzug von Anerkennung. Solche Reaktionsmuster finden sich in den genannten Studien. Für Deutschland fanden 43 Prozent der Befragten im Jahr 2009 in der GMF-Studie Muslime sympathisch - weniger als beispielsweise Ausländer (66 Prozent), Arbeitslose (56 Prozent) oder Juden (66 Prozent). Explizit „Bewunderung“ zollen den Muslimen nur 26 Prozent der Deutschen; auch hier weniger als sie diese Ausländern (38 Prozent), Obdachlosen und Arbeitslosen (je 32 Prozent) oder Juden (46 Prozent) zollen.

Abbildung 2: Islamfeindliche Meinungen in Europa (min. = 1, max. = 4) (Quelle: Zick et al. 2011)

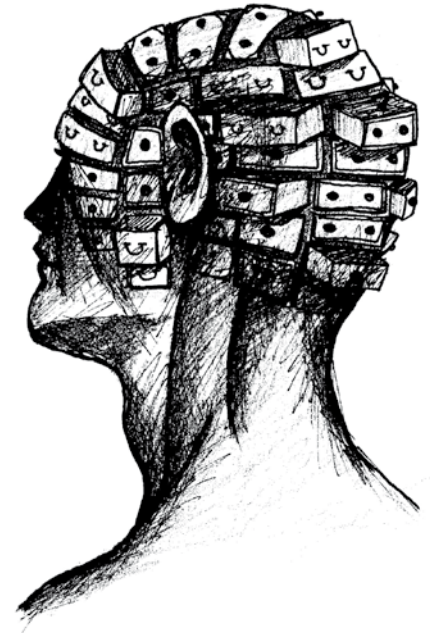


Skala: 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 4 = „stimme voll und ganz zu“; Unterschied zwischen den Ländern: $F(7,6932) = 14,97, p < .001$; *Post-hoc*-Vergleiche: $PT, NL < NL, F, GB < D, I, HU, PL$.

III. Meinungen über Muslime und den Islam in Europa

Leider liegen nur wenige ländervergleichende Umfragen vor, um einzuschätzen, ob Deutschland auffällig ist. In unserer

In Deutschland, mit einem geschätzten Anteil von Muslimen von gerade einmal rund 5 Prozent meinen 46 Prozent, es gäbe „zu viele Muslime“ in Deutschland.



Europastudie haben wir in acht Ländern mit je 1000 Befragten repräsentative Stichproben gezogen (Zick et al. 2011). Die Umfrage wurde im Jahr 2008 durchgeführt und berücksichtigt repräsentativ Bürger ab 16 Jahren in den Ländern Deutschland, Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Italien, Portugal, Polen und Ungarn².

In der Studie wurde die Islamfeindlichkeit durch eine Skala erhoben, die aus drei Aussagen gebildet wurde: „Es gibt zu viele Muslime in (jew. Land).“ „Muslime (im jeweiligen Land) stellen zu viele Forderungen.“ „Der Islam ist eine Religion der Intoleranz.“ Abbildung 2 zeigt die mittleren Zustimmungen in den Ländern, in denen die Erhebung stattfand. Dabei sind die einzelnen Werte der Länder weniger interessant, da sie nur schwer zu interpretieren sind, als der Vergleich der mittleren Zustimmung zwischen den Ländern.

Betrachtet man nur die westlichen Industriestaaten, dann fallen die relativ hohen Werte in Italien und Deutschland auf. Außerdem wird in Polen und Ungarn relativ stark den islamfeindlichen Aussagen zugestimmt. Eher weniger Feindlichkeit gegenüber Muslimen messen wir in Portugal und den Niederlanden. Insgesamt ist die Verbreitung der Islamfeindlichkeit jedoch in allen Ländern relativ einheitlich und ähnlich stark ausgeprägt.

In der Studie wurden weitere Aussagen erhoben, die islamfeindliche Vorurteile repräsentieren (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Prozentuale Zustimmungen zu islamfeindlichen Aussagen in Europa (Quelle: Zick et al. 2011).

Es fällt auf, dass es insbesondere die deutschen Befragten sind, die meinen, die muslimische Kultur passe nicht zu Deutschland. Ähnlich großer Vorbehalt herrscht dazu lediglich in Polen. Hier drückt sich die kategoriale Differenz aus: die Eigengruppe wird extrem von der Fremdgruppe abgegrenzt.

In den Daten spiegelt sich außerdem eine schon oft festgestellte illusorische Sorge vor einer sogenannten ‚Überfremdung‘ wider – eine Islamfeindlichkeit ohne Muslime. So stimmen 44 Prozent der befragten Europäer eher oder voll und ganz der Aussage zu: „Es gibt zu viele Muslime“ in ihrem Land. De facto ist der prozentuale Anteil von Muslimen in der europäischen Bevölkerung sehr gering. Beispielsweise stimmen 50 Prozent der Italiener zu, dass es „zu viele Muslime“ in Italien gibt, wobei der Anteil an Muslimen in Italien auf maximal 2 Prozent geschätzt wird. In Polen

(47 Prozent Zustimmung) und Ungarn (61 Prozent Zustimmung) liegt der Anteil von Muslimen an der Bevölkerung bei lediglich maximal 1 Prozent. In Deutschland, mit einem geschätzten Anteil von Muslimen von gerade einmal rund 5 Prozent meinen 46 Prozent, es gäbe „zu viele Muslime“ in Deutschland.

Teilweise kommt die Islamfeindlichkeit auch in einer ethnisierenden Werte-Differenzierung zum Vorschein. Darüber, dass die muslimischen Ansichten über Frauen den eigenen Werten widersprechen, herrscht in Europa große Einigkeit, bei einer Zustimmung von rund drei Viertel der Befragten. Auch der Zusammenhang von Islam und Terror

Aussage	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
Die muslimische Kultur passt gut nach (jew. Land).	16,6	39,0	49,8	38,7	27,4	50,1	19,0	30,2
Die muslimischen Ansichten über Frauen widersprechen unseren Werten.	76,1	81,5	78,8	78,2	82,2	72,1	72,1	76,8
Es gibt zu viele Muslime in (jew. Land).	46,1	44,7	36,2	41,5	49,7	27,1	47,1	60,7
Muslime in (jew. Land) stellen zu viele Forderungen.	54,1	50,0	52,8	51,8	64,7	34,4	62,3	60,0
Der Islam ist eine Religion der Intoleranz.	52,5	47,2	52,3	46,7	60,4	62,2	61,5	53,4
Viele Muslime betrachten islamistische Terroristen als Helden.	27,9	37,6	-	29,2	28,5	30,3	30,2	39,3
Die Mehrheit der Muslime findet islamistischen Terrorismus gerechtfertigt.	17,1	26,3	23,3	19,9	21,5	22,4	26,0	29,6

wird in dieser Umfrage ersichtlich. Eine große Zahl von Befragten unterstellt Muslimen, dass sie ihn gutheißen. Die höchste Zustimmung hierzu wird in Großbritannien und Ungarn erreicht mit knapp 40 Prozent.

Weitgehend einig mit anderen Befragten der Studie sind sich die befragten Deutschen in der Zustimmung zu der Aussage: „Der Islam ist eine Religion der Intoleranz.“ 52 Prozent der befragten Deutschen und 54 Prozent der befragten Europäer stimmen hier eher oder voll und ganz zu. Erstaunlich ist, dass dieselben Befragten – in ihrer großen Mehrheit einer der christlichen Konfessionen angehörig – jedoch selbst rassistischen, antisemitischen, sexistischen und homophoben Aussagen überzufällig häufig zustimmen.

Ähnlich starke Ressentiments äußern die deutschen Befragten und die Befragten der anderen Länder nicht nur gegenüber dem Islam, sondern gegenüber einer ganzen Reihe von Gruppen wie Juden, Schwarze, Einwanderer, Frauen und Homosexuelle. Beispielsweise sind 49 Prozent der Deutschen und 41 Prozent der Europäer in den erfassten Ländern der Meinung: „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ 30 Prozent der befragten Deutschen (und 31 Prozent der Europäer) glauben: „Es gibt eine natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Völkern.“ Damit vertreten sie unverblümt antisemitische und rassistische Einstellungen. Deutlich wird in unseren Analysen auch, dass sich in allen untersuchten Ländern ein Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nachweisen lässt (vgl. Zick et al. 2011). Dies besagt: Wer gegenüber einer dieser Gruppen Vorurteile hegt – eben z.B. gegenüber Muslimen – wertet auch mit signifikant größerer Wahrscheinlichkeit andere stigmatisierte Gruppen ab.

Abbildung 3: Islamfeindlichkeit und Selbsteinordnung der politischen Position im GMF-Survey 2009 und 2010 (max. = 4, min. = 1).

IV. Ursachen und Schutzfaktoren

Die Bandbreite an Ursachen, die islamfeindliche Einstellungen entstehen lassen, aufrechterhalten und erhöhen, ist

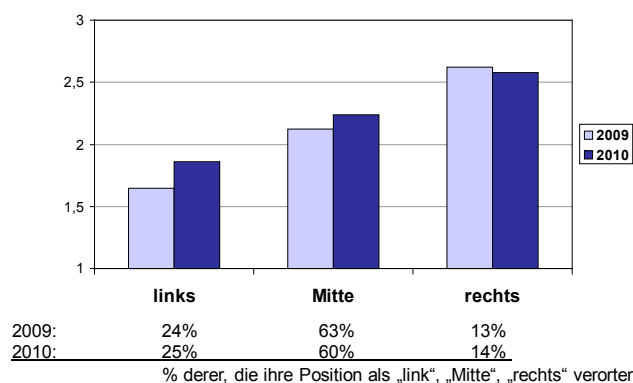
Äußerungen, die Muslime und den Islam generalisierend abwerten, werden offener und unverhohlener zugestimmt, als dies bei anderen Vorurteilen der Fall ist.

groß. Es zeigt sich weder eine einzelne Ursache, noch eine bestimmte Gruppe oder Persönlichkeitsstruktur, die für die Islamfeindlichkeit verantwortlich gemacht werden kann. Vorurteile appellieren an soziale Identitäten und sie beziehen sich auf eine Feindseligkeit zwischen Gruppen. Sie sind bedingt durch individuelle Meinungen, Affekte, Ideologien und Dispositionen und werden durch gesellschaftliche Institutionen und/oder strukturelle Gegebenheiten erzeugt. Umso gravierender ist die Feststellung einer nur schwach ausgeprägten Ächtung der Islamfeindlichkeit, die man in den letzten Jahren feststellen kann. Äußerungen, die Muslime und den Islam generalisierend abwerten, werden offener und unverhohlener zugestimmt, als dies bei anderen Vorurteilen der Fall ist. Anders als beispielsweise antisemitische oder rassistische Äußerungen scheinen islamfeindliche Äußerungen einer geringeren offiziellen Ächtung zu unterliegen. Selbstkritische Zurückhaltung aufgrund von Normen (Schutz von Minderheiten, Vorurteilsrepression etc.) ist daher

weniger sichtbar. Entsprechend gering ist der Zusammenhang von islamfeindlichen Einstellungen und der Selbsteinschätzung, keine Vorurteile gegenüber anderen zu hegen.

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden zwei Ursachengruppen erörtert: zum einen demographische Gruppen und zum anderen gesellschaftspolitische Orientierungen.

Betrachtet man die Soziodemographie, fällt in unseren zahlreichen Studien immer wieder das niedrige Bildungsniveau als wichtiger Indikator für das häufigere Zustimmung zu islamfeindlichen Aussagen auf. Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass höher gebildete Menschen wissen, welche Antworten sozial erwünscht sind. Der Bildungseffekt ist unter anderem auf die Kompetenz, eine Gruppe differenzierter wahrzunehmen, zurückzuführen (vgl. auch Zick 1997). Islamfeindliche Äußerungen finden auch bei Menschen aus schwächeren sozialen Schichten mehr Zuspruch.



Wir können in unseren Studien zeigen, dass eine Zustimmung zu islamfeindlichen Einstellungen signifikant mit einer Absicht zur Diskriminierung einhergeht.

Das ist teilweise auf deren niedrigeres Bildungsniveau zurückzuführen, aber nicht nur. Produziert und verbreitet wird Islamfeindlichkeit jedoch eher von Eliten, die über Bildung und Status verfügen. Zudem weist die hohe Verbreitung der Islamfeindlichkeit in der gesellschaftlichen Mitte (siehe oben) darauf hin, dass Islamfeindlichkeit nicht allein bildungs- und schichtspezifisch ist. Die GMF-Studie der Jahre 2009 und 2010 zeigt insbesondere einen Anstieg der Islamfeindlichkeit bei Angehörigen höherer Einkommensgruppen. Gleichzeitig ist in diesen höheren Einkommensgruppen die Wahrnehmung, von einer wirtschaftlichen Krise bedroht zu sein, angestiegen. Es kommt somit weniger auf die Schicht an, als auf das Ausmaß, in dem Gruppen eine Bedrohung ihres Status wahrnehmen und durch die Bedrohung feindselige Haltungen gegenüber Gruppen, die für den kritischen Zustand verantwortlich gemacht werden, annehmen.

Ein bedeutender Effekt des Lebensalters auf die Islamfeindlichkeit lässt sich nicht nachweisen. Hingegen ist sie geschlechtsspezifisch, da sie bei Frauen stärker ausgeprägt ist, als bei Männern (Küpper/Heitmeyer 2005; Küpper/Zick 2011). Hier spricht viel für die These, dass die Islamfeindlichkeit weniger als Reflex auf Unterdrückungen von Frauen in bestimmten islamischen Gruppen zurückzuführen ist als vielmehr auf Identitätsvorstellungen von Frauen und die damit verbundenen Ängste.

Mit dem Blick auf demographische Gruppen wird deutlich, dass Islamfeindlichkeit vielmehr mit bestimmten sozialpolitischen Orientierungen und Ideologien verbunden ist. Sie verursachen nicht nur Vorurteile,

sondern auch Bedrohungsgefühle oder Ängste von Macht- und Statusverlusten, die allesamt eng mit islamfeindlichen Äußerungen zusammenhängen.

Betrachten wir zunächst die politische Selbsteinstufung der Befragten: als Indikator gibt dies aufschlussreiche Erkenntnisse. In der GMF-Studie wurde untersucht, wie Menschen, die ihre politische Position als „rechts“, „genau in der Mitte“ oder „links“ verorten, islamfeindlichen Meinungen zustimmen. Abbildung 3 zeigt die mittleren Zustimmungen in den Jahren 2009 und 2010. Auch aufgeführt ist, wie viel Prozent der Befragten sich in den drei Gruppen verorten.

In 2009 und 2010 verorten die meisten Befragten (63 bzw. 60 Prozent) ihre politische Position als „genau in der Mitte“. Schnell ersichtlich wird der wenig überraschende Befund, dass die Islamfeindlichkeit umso größer wird, je rechter die politische Selbsteinstufung ist. Interessant ist aber, dass die Islamfeindlichkeit zwischen 2009 und 2010 signifikant nur unter denjenigen Befragten ansteigt, die ihre Ansichten als „links“ oder „Mitte“ verorten.

Drei weitere Orientierungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit der Islamfeindlichkeit: Erstens zeigen viele Studien, dass eine autoritäre Grundhaltung gegenüber abweichenden Normen, Werten und Verhaltensweisen mit Vorurteilen einhergeht (vgl. z. B. Zick/Henry 2009). Autoritär orientierte Personen reagieren auf Unsicherheiten und Krisensituationen mit Härte, dem Ruf nach Strafe und einer Betonung von Konformität zu traditionellen Wertorientierungen, wie sie in einer Leitkultur propagiert werden. Die

Abwertung potenziell bedrohlicher Fremdgruppen, als die der Islam aus dieser Perspektive erscheinen mag, liegt dann nahe.

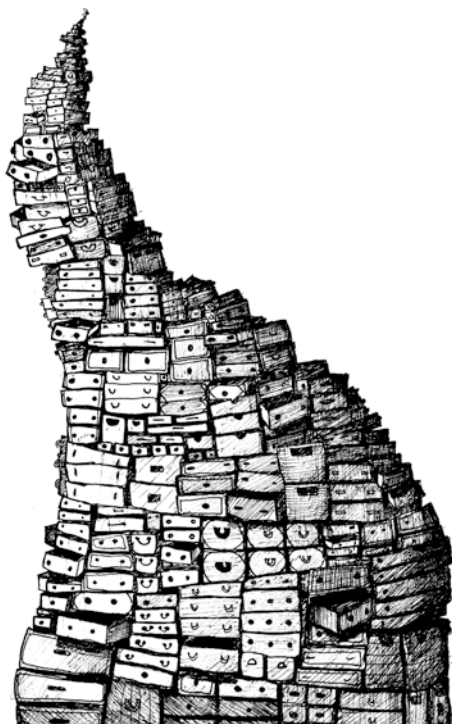
Zweitens zeigt sich, dass die Präferenz für eine Ideologie, die die Ungleichwertigkeit von Gruppen in einer Gesellschaft – einige oben, andere unten – richtig findet, mit einer höheren Islamfeindlichkeit und vielen anderen Vorurteilen zusammenhängt und auch die Gewaltbilligung erhöht (Küpper/Zick 2008). Dabei geht es insbesondere um die wahrgenommene Bedrohung, dass die Dominanz der eigenen Bezugsgruppe gefährdet ist.

Drittens erhöht die Abwehr und Ablehnung von ethnischer und kultureller Diversität die Islamfeindlichkeit und viele andere Vorurteile (Zick et al. 2011). Mit verschiedenen Aussagen wurde in den Studien ein so genannter Diversity-Belief erfasst, also der Glaube, dass viele unterschiedliche Religionen, Ethnien und Lebensstile in einer Gesellschaft ihren Platz haben sollen. Es zeigt sich, dass eine Ablehnung der kulturellen Vielfalt mit stärkeren Vorurteilen gegenüber unterschiedlichen Minderheiten – auch gegenüber Muslimen – einhergeht.

Unabhängig davon hängt auch die religiöse Orientierung mit der Islamfeindlichkeit zusammen. In unseren Studien zeigt sich, dass christlich orientierte Befragte signifikant stärkere islamfeindliche Einstellungen äußern als nicht konfessionell orientierte Personen (vgl. Küpper/Zick 2010). Es ist nicht die Religion per se, die anfällig macht, wohl aber eine enge religiöse Orientierung, die die eigene Religion überhöht oder gar als einzig wahre Religion behauptet.

Ursachen können nicht selten auch für das Aufweisen von Schutzfaktoren herangezogen werden. Weist eine Person oder Gruppe weniger autoritäre, auf Dominanz der Bezugsgruppe bedachte Orientierungen auf, oder verfügt sie über stärkere Kompetenzen, Fremdheit und Andersheit zu akzeptieren, dann ist sie eher geschützt, einer auf Vorurteilen basierenden Propaganda anheimzufallen. Daneben zeigen insbesondere unsere Analysen in Europa, die auf den Erkenntnissen vieler anderer Studien basieren, dass unter Berücksichtigung vieler möglicher Einflüsse zwei Faktoren Menschen besonders vor

Islamfeindlichkeit schützen (vgl. Zick et al. 2011). Erstens schützt ein gesicherter sozialer Status davor, fremde Gruppen als Bedrohung zu empfinden und Minderheiten abzuwerten. Zweitens sind direkte, aber auch indirekte Beziehungen über Freunde, zu Muslimen schützend. Befragte, die angeben über interkulturelle Kontakte zu verfügen, die evtl. sogar Freundschaftsbeziehungen aufweisen und die Muslimen vertrauen, erweisen sich im Vergleich zu anderen als weniger anfällig für islamfeindliche Überzeugungen. Dies erscheint insofern als plausibel, da durch verschiedene positive Kontakte nicht nur Sympathie und Vertrauen entstehen,



sondern es durch die größere Nähe auch schwerer wird die verallgemeinernden Stereotype aufrechtzuerhalten.

V. Meinungsfolgen

Abschließend wollen wir Folgen der Islamfeindlichkeit in den Fokus nehmen. Die von uns durchgeführten Studien konzentrieren sich auf Meinungen und Einstellungen. Es ist nicht zwangsläufig so, dass diese Meinungen, die für die demokratische Gesinnung maßgeblich sind, verhaltenswirksam werden. Das Vorurteil kann zwar im Sinne einer Einstellung folgenlos bleiben, aber dabei wird leicht übersehen, dass es als Feindseligkeit zur Handlung drängt. Das Potenzial ist gewissermaßen dann am stärksten, wenn die Feindlichkeit auch Schaden anrichtet.

Außerdem stellen Vorurteile eine kaum zu überwindende Blockade der Integration dar. Die Islamfeindlichkeit erzeugt eine anti-integrative Einstellung

Wir können in unseren Studien zeigen, dass eine Zustimmung zu islamfeindlichen Einstellungen signifikant mit einer Absicht zur Diskriminierung einhergeht. Unter Berücksichtigung der Befunde zu so genannten Einstellungs-Verhaltens-Modellen liegt die Vermutung nahe, dass die Vorurteile und mangelnden sozialen Normen zusammen mit der Diskriminierungsabsicht Verhalten erzeugen können.

Außerdem stellen Vorurteile eine kaum zu überwindende Blockade der Integration dar. Die Islamfeindlichkeit erzeugt eine anti-integrative Einstellung. Unsere Analysen der GMF-Daten legen nahe, dass sich Vorurteile gegenüber Muslimen und dem Islam negativ auf die Integration auswirken. Es lässt sich zeigen, dass die Ablehnung von Einwanderern überzufällig auch mit der Ablehnung der Integration von Muslimen, die einseitige Assimilation an eine Leitkultur, oder die Separation von Muslimen befördert (Zick, Küpper 2007). Nicht die Haltung zur Integration bereitet den Weg zum Vorurteil, sondern die Meinung zur Integration ist in Deutschland durch Stereotype und Vorurteile gesteuert. Das belastet jede rationale Analyse von Integrationschancen. Dies ist im Übrigen kein rein deutsches Phänomen, sondern lässt sich auch in allen sieben anderen von uns untersuchten europäischen Ländern nachweisen (vgl. Zick et al. 2011). Es ist zu vermuten, dass Gleiches für die Ablehnung von Muslimen und die Bereitschaft zur Integration seitens der Mehrheitsbevölkerung gilt. In Deutschland wie auch in anderen westeuropäischen Ländern ist die Ablehnung von Einwanderern hoch mit der Ablehnung von Muslimen als einer der präsentesten

Einwanderergruppen in diesen Ländern korreliert.

Anmerkungen

1. Alle Befunde, die in diesem Bericht präsentiert werden, sind sorgfältig getestet worden. Es ist zu beachten, dass die Zustimmung zu einer einzelnen Aussage überzufällig stark mit der Zustimmung zu anderen hier berichteten negativen Aussagen korrespondiert.
2. Die Auswahl der Länder erfolgte nach drei Kriterien: 1. Beteiligung von neuen und alten EU-Mitgliedern mit unterschiedlicher Migrationsgeschichte und -politik, 2. Kooperation mit WissenschaftlerInnen, die Exzellenz in der Vorurteilsforschung aufweisen, 3. Unterstützung durch eine private Stiftung, die eine unabhängige wissenschaftliche Analyse fördert.